

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der  
Zentralvereine, den Vertrauensleuten  
der Gewerkschaften und den Redaktionen  
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:  
E. Legien,  
Zollvereins-Niederlage,  
Wilhelmstr. 13, I.

### Die Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitage.

Die Debatte über die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen förderte einige interessante Gesichtspunkte zu Tage. Zunächst zeigte sich, daß über die Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Stellung derselben zur politischen Bewegung sehr verschiedene Meinungen herrschen. Während von der einen Seite behauptet wurde, der Hauptzweck der gewerkschaftlichen Organisation sei die Erziehung der Arbeiter zur politischen Erkenntnis und zum politischen Kampf, wurde auf der anderen Seite betont, daß es zweckmäßig wäre, den Gewerkschaften nicht den Charakter von Aufklärungsvereinen zu geben, die eine bestimmte politische Richtung unterstützen. Die Gewerkschaften sollten vielmehr die Arbeiter aller politischen und religiösen Richtungen in sich vereinigen, weil sie ihre Aufgabe darin zu suchen haben, gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch das Kapital anzukämpfen.

Ferner wurde von der einen Seite geltend gemacht, daß die soziale Gesetzgebung den Gewerkschaften einen Theil ihres Bodens entziehe und die Konzentration des Kapitals den Widerstand der Organisationen immer mehr schwäche. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß gerade die Sozialgesetzgebung die Gewerkschaften nothwendig macht, um die Durchführung der Gesetze zu überwachen. Ferner, daß die Konzentration des Kapitals immer größere Arbeitermassen auf einen Punkt zieht und dadurch deren Widerstandskraft durch die Organisation gehoben wird. Man sieht, daß die Meinung über den Werth und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation in Parteikreisen eine äußerst getheilte ist und daß eine Aussprache in der Partei nach dieser Richtung hin äußerst zweckdienlich ist. Wir werden, sobald der geringe Raum unseres Blattes dies gestattet, eine Diskussion über diese Meinungsverschiedenheiten anzuregen suchen.

Auf dem Parteitage in Köln drehte sich die Debatte aber weniger um diese prinzipielle Seite der Sache, sondern um persönliche Dinge, die leider von der Debatte fernzuhalten nicht möglich war. Es trat hier ein anderer Gesichtspunkt zu Tage, nämlich der, daß es äußerst gefährlich ist,

eine von den Führern der Partei abweichende Meinung auf dem Parteitage auszusprechen. Wer das wagt, hat zu erwarten, in den Sumpf getreten und als absolut urtheilsunfähig hingestellt zu werden. Das Bewußtsein einzelner unserer bedeutendsten Parteiführer, in ihrer Meinung stets nur den Ausdruck der Gesamtmeinung der Partei zu sehen und hiervon abweichende Meinungen als aus erbärmlicher Nörgelsucht entspringend zu betrachten, ist eine der traurigen Folgen des Sozialistengesetzes. Was während der schweren Zeit des Gesetzes gut war, muß aber nach Beilegung desselben keineswegs lobenswerth erscheinen. Die proletarische, sozialdemokratische Partei wird, selbst bei einer weiteren Ausdehnung des Vereins- und Versammlungsrechtes, stets eine gewisse Unterordnung unter den Willen der als Vertrauenspersonen eingesetzten Genossen von ihren Anhängern fordern müssen. So lange wir einer Gegnerschaft gegenüberstehen, die in der hündischen Unterwürfigkeit den Ausdruck ihrer Vaterlandsliebe sieht und sich so durch den Willen Einzelner leiten läßt, so lange wird auch die Partei eine gewisse Konzentration des Willens Aller fordern müssen. Kurz gesagt: Die Arbeiterorganisation wird stets den Charakter tragen, wie die jeweilige Regierung eines Landes. Unter einer demokratischen Verfassung wird auch die Arbeiterorganisation eine mehr demokratische sein, während umgekehrt im absolutistischen Staatswesen auch die Organisation der Arbeiter einer absoluten Zentralgewalt bedarf.

Daraus ergibt sich die Nothwendigkeit für die Parteigenossen, sich dem Willen der Gesamtheit unterzuordnen und diesen Willen durch die dazu bestimmten Führer zum Ausdruck bringen zu lassen. Dagegen braucht die Partei Mitglieder, die jeden Augenblick bereit sind, dem Gegner die Zähne zu zeigen. Wer es aber nicht wagt, im Kreise der Genossen eine Meinung, auch wenn sie von denen der Parteiführer abweichend ist, offen auszusprechen, der wird den Gegnern gegenüber auch nicht den nöthigen Grad von Muth und Charakterfestigkeit besitzen. Deswegen erscheint es als eine Gefahr für die weitere freiheitliche

der Vorjahre, ein Rückschritt in der Gewerkschaftsbewegung nicht konstatiert werden.

Daß die Organisationen, mit wenigen Ausnahmen, nicht stark genug sind, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, ist wiederholt bei jeder passenden Gelegenheit hervorgehoben worden. Besonders richtete sich unser Augenmerk auf die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der meisten Gewerkschaften und haben wir schon oft Anregung ge-

geben, mit dem System der niedrigen Beiträge zu brechen. Daß dieses unter der jetzt obwaltenden Geschäftskonjunktur nicht in ausreichendem Maße geschehen kann, halten wir für selbstverständlich; es darf aber nicht gesäumt werden, immer wieder auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen. Die umstehende Tabelle zeigt, daß die Beiträge fast in allen Organisationen für das, was den Mitgliedern von der Organisation geboten wird, zu niedrig sind.

(Fortsetzung folgt.)

### Maximalarbeitsstag und Ortspolizeibehörde.

Herr Dr. Oldenberg schreibt uns zu dem von uns in Nr. 19 des „Correspondenzblattes“ gebrachten Aufsatz über Maximalarbeitsstag und Ortspolizeibehörde, daß unsere Ausführungen leicht zu der irrigen Auffassung führen können, daß die Polizeibehörde berechtigt sei, durch eine Verordnung die Arbeitszeit auch in den Gewerben zu bestimmen, für welche schon seitens des Bundesrathes hierüber Vorschriften erlassen worden sind. Der Polizeibehörde steht nur das Recht zu, neben diesen Vorschriften durch eine Verfügung in die Verhältnisse des einzelnen Gewerbebetriebes regelnd einzugreifen.

Für die Pferdebahnbediensteten würde kaum seitens der Polizeibehörden zur Regelung der Arbeitszeit eingegriffen werden, da ein Arbeiterschutzes für die Verkehrsgewerbe in Aussicht gestellt sei. Es wäre aber zweckmäßig, daß die interessirten Arbeiter laut und deutlich ihre Stimme vernehmen ließen, weil nicht ausgeschlossen ist, daß die beteiligten Ressorts für Eisenbahnen und Finanzen im Reich und in den Einzelstaaten bei diesem Gesetze Schwierigkeiten machen, denen die sozialpolitischen Ressorts nicht gewachsen sind.

### Situationsbericht.

Die Aussperrung der Arbeiter in der Seilfabrik in Neckarau bei Mannheim ist beendet. Es fanden sich genügend Streikbrecher, welche die Stellen der Ausgesperrten einnahmen. Der Direktor der Fabrik, ein schneidiger Reservelieutenant, führt ein schneidiges Regiment im Betriebe und läßt die Arbeiter einen Revers unterschreiben, daß sie keiner Fachorganisation angehören und einer solchen auch später nicht beitreten werden. Sollte sich herausstellen, daß die Arbeiter trotzdem einem Fachverein angehören, so würde sofortige Entlassung und Einbehaltung eines Wochenlohnes erfolgen. Die letztere Bestimmung ist, abgesehen von dem Licht, welches sie auf die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Direktors wirft, ungesetzlich. Nach §124b der Gewerbeordnung kann der Wochenlohn von dem Arbeitgeber nur einbehalten werden, wenn der Arbeiter widerrechtlich, also da, wo Kündigungsfrist im Arbeitsvertrag vorgeesehen ist, ohne Kündigung die Arbeit verläßt. Lohninbehaltung bei widerrechtlicher Entlassung des Arbeiters kennt die Gewerbeordnung noch nicht. Es wird also angebracht sein, daß die Arbeiter dem Herrn Direktor in passender Weise beweisen lassen, daß eine solche Beschränkung der Freiheit

des Arbeiters nicht zulässig ist. Doch was kümmern sich die Unternehmer um das Gesetz. Die Hungerpeitsche wird geschwungen und der Arbeiter hat sich zu ducken, so lange er dumm genug ist, von seinem Koalitionsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Die Arbeitseinstellung der Sattler in der Militäreffektenfabrik von Jensen in Straßburg i. E. erfolgte, weil der Fabrikant eine kleine Lohnhöhung nicht bewilligen wollte. Außerdem verlangten die Arbeiter zehnstündige Arbeitszeit und wöchentliche Lohnzahlung. Ausständig sind 46 Sattler.

Der Zimmermeister Binder in Wolfenbüttel entließ drei seiner Arbeiter, weil er, wie er sagte, nicht Leute beschäftigen könne, die ihre Kollegen anhalten, ihrer Organisation anzugehören.

Wir machen nochmals auf die Sammlungen für die französischen Vergarbeiter aufmerksam.

Adresse für Geldsendungen ist: Citoyen Berger, rue Aumaire 12, Paris.

Die Gerber der Müller'schen Lederfabrik in Wilster in Holstein haben die Arbeit in Folge Lohn-differenzen niedergelegt.

Adresse für Anfragen: Lange, Landrecht Nr. 18, Wilster i. S. Die Generalkommission.

### Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 22. September bis 19. Oktober 1893 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag der Vereinigung der Maler, Fil. Hannover, (3. Quart. 1893)	M.	9,—	Quartalsbeitrag (1. u. 2. Quartal 1893) des Verbandes der Maler, Fil. Altona	M.	10,10
Quartalsbeitrag (3. Quart. 1893) Verein der Kellner und Berufsgen., Hamburg	"	25,—	Quartalsbeitrag (2. Quartal 1893) des Verbandes der Buchbinder zc. . . . .	"	80,20
Quartalsbeitrag (3. Quart. 1893) des Verbandes der Porzellanarbeiter . . .	"	313,10	Quartalsbeitrag (3. Quart. 1893) der Vereinigung der Maler, Fil. Hamburg III	"	2,50
Quartalsbeitrag (2. Quartal 1893) des Verbandes der Sattler, Tapezierer zc.	"	37,95	Hamb., Zimmerer, Hochbrücke, Nordstr.	"	10,—
Quartalsbeitrag (2. Qu. 93) d. Vereinig. aller in d. Schmiederei besch. Personen	"	51,40	Zur Deckung des Defizits sind eingegangen: Verband der Buchbinder zc. . . . .	M.	273,20
Hamburg, G. Guirand . . . . .	"	3,—	<b>A. Dammann, Kassirer.</b>		
			Hamburg, B.-W.-N., Wilhelmstr. 13, 1. Et.		

Die Resolution wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 29 Stimmen verworfen. Dagegen wurde folgende Resolution, die von den hervorragendsten Parteiführern unterzeichnet war, per Affkamation einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Klob-Grillenberger wie in der Resolution Glocke und Genossen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, durch Anschluß an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat; in weiterer Erwägung, daß seit jener Zeit kein Ereigniß eingetreten ist, das eine Aenderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller oder taktischer Richtung, nothwendig erscheinen läßt; in fernerer Erwägung, daß die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen rückhaltslos ausgesprochen ist, wiederholt der Parteitag den Ausdruck seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, unermüdet für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.“

Damit ist der Gewerkschaftsbewegung wiederum seitens der Partei eine Sympathieerklärung zu Theil geworden und die Zukunft wird lehren, welche Früchte dieselbe trägt. Nützen kann der Gewerkschaftsbewegung nur die Förderung der klaren Erkenntniß bei den Arbeitern, daß dieselbe ein berechtigter und nothwendiger Theil der Arbeiterbewegung ist. Hoffen wir, daß die Vertreter der Partei der Sympathieerklärung entsprechend handeln und energisch bei der Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften mitwirken. Es wird aber vor Allem Sache der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst sein, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den Gewerkschaften neue Mitglieder zuzuführen und die Organisationen so auszubauen, daß sie leistungsfähig sind. Einzelne Krakehler, die immer noch glauben, daß sie große Politiker seien, wenn sie sich von den Gewerkschaften fernhalten, lasse man ruhig gewähren; diese werden wahrscheinlich den Gewerkschaften mit ihrer Zugehörigkeit nichts nützen. Hätte der Parteitag die ersterwähnte Resolution angenommen, so würde diesen Leuten wenigstens gesagt werden können, daß sie mit ihrer hohen Politik auf dem Holzwege sind. Wenn die

Gewerkschaftler selbst nicht Sorge tragen, daß die Organisationen gestärkt werden, so werden sie sich es selbst zuzuschreiben haben, wenn nach wie vor nur Geringes für die Besserung der Lage der Arbeiter durch die Organisation geschehen kann.

Einen Vorgang auf dem Parteitag wollen wir nicht unterlassen hier noch gebührend festzuhalten. In den Debatten wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften die Hauptschuld daran tragen, daß sie schwach sind, weil sie den Streit über die Form der Organisation nicht ruhen lassen. Dies trifft nun eigentlich nicht zu, denn der Streit um die Form der Organisation beschränkt sich auf wenige Gewerbe und einzelne Orte. Wenn man aber diesem Streite eine größere Bedeutung beilegen will, dann ist es interessant, zu erfahren, wie dieser Streit entstanden. Da war auch auf dem Parteitage der wüthendste Vertreter der Lokalorganisation. Dieser erklärte dort ganz trocken, er hätte eingesehen, daß eine straffe Gewerkschaftsorganisation einen zweiten Hammer in einer Hand neben dem Hammer der politischen Organisation bilden sollte, den Kapitalismus zu zerschmettern. Und weil nach seiner Meinung die Masse, diesen Hammer zu formen, gleich wie bei der politischen, das Proletariat ist, so können zwei solche Hämmer nicht nebeneinander geschaffen werden. Er erkannte, daß in dem Bestreben, die Gewerkschaften zu zentralisieren, der Same der Zwietracht mit der politischen Partei liege, und deswegen trat er diesen Bestrebungen entgegen.

Diese Offenbarung dürfte für Diejenigen, welche bisher sich von diesem Mann in den Lokalorganisationen halten ließen, endlich den wahren Grund der Meinungsverschiedenheiten zu Tage fördern. Die Zentralorganisationen sind also nicht deswegen bekämpft worden, weil sie für die Mitglieder nichts Gutes zu schaffen vermögen, sondern weil sie zu stark neben der politischen Organisation anwachsen könnten. Dieses Zugeständniß ist zu föhlich, als daß wir es nicht festnageln sollten. Mögen nun Die, welche heute noch an der Lokalorganisation festhalten, einsehen, daß sie daran nicht gut thun, denn der Verfechter der Lokalorganisation hat selbst zugestanden, daß diese Organisationsform nicht geeignet ist, den Gewerkschaften die nöthige Kraft zu geben.

Wir unsererseits werden nach wie vor uns bemühen, für die Ausdehnung und Fortentwicklung der Gewerkschaftsbewegung unser, wenn auch geringes, Theil beizutragen. Wir werden deshalb auch allen Aeußerungen, die den Gewerkschaften nicht dienlich sind, energisch entgegentreten.

## Situationsbericht.

Die Entlassung der drei Arbeiter des Zimmermeisters Binder in Wolfenbüttel, die erfolgte, weil diese Arbeiter ihre Kollegen in die Organisation zu ziehen suchten, wird von den Wolfenbütteler Arbeitern als eine Maßregelung angesehen. Da ein Streik unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber wenig Aussicht auf Erfolg hat, so ist davon abgesehen, durch eine Arbeitseinstellung den Arbeitgeber zu veranlassen, seinen Arbeitern das ihnen rechtlich zustehende Maß von Bewegungsfreiheit zu belassen. Dagegen beschloß die Gewerkschafts-

kommission, über den Arbeitsplatz von Binder die Sperre zu verhängen und ersucht alle Zimmerer, dort nicht eher Arbeit zu nehmen, bevor sie mit der Gewerkschaftskommission Rücksprache genommen haben.

Adresse: B. Wimmer, Maurenstr. 6, Wolfenbüttel. Die Gewerkschaftskommission für Oesterreich theilt uns Folgendes mit:

Die streikenden Gerber Wiens haben sich an die deutschen Gewerkschaftsorganisationen um Unterstützung gewandt, ohne vorher die Gewerkschafts-

Entwicklung unserer Partei, wenn abweichende Meinungen rücksichtslos niedergetreten und die sie Äußernden als unfähige Subjekte hingestellt werden. Einen auf dem Parteitage ausgesprochenen Satz umkehrend, können wir sagen: Das Volk hat alle Ursache, zu sehen, was die Führer treiben, damit dem Gemeinwesen kein Schade zugefügt werde.

Anscheinend trifft die Schuld dafür, die Debatte in Köln auf das persönliche Gebiet gebracht zu haben, den Referenten für den Tagesordnungspunkt „Gewerkschaftsbewegung“. Dieser, als Mitglied der Generalkommission, brachte seine persönlichen Erfahrungen in Bezug darauf, wie die Gewerkschaftsbewegung von den Parteigenossen und der Parteipresse unterstützt oder vernachlässigt worden ist, zum Vortrag und erwähnte dabei einer Korrespondenz zwischen ihm und einem Parteisekretär, welche sich auf den Inhalt der Nr. 19 (1893) des „Correspondenzblattes“ bezog. Wenn nun ein Parteisekretär es unternehmen kann, den Mitgliedern der Generalkommission die Frage zu stellen, ob ihnen das Fell jucke und gelegentliche Streichung des Fells in Aussicht zu stellen, so ist es wahrlich an der Zeit, daß der Parteitag ein Wort mitspricht und entscheidet, ob eine solche Handlungsweise gegenüber Genossen, denen nur der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie ihre Aufgabe ernst nehmen, im Interesse der Arbeiterbewegung liegt. Durch die Registrierung der Äußerungen der Parteipresse, welche nicht den Gewerkschaften dienlich erscheinen können, sowie durch den Hinweis auf die erwähnte „Privatkorrespondenz“ war die Debatte auf diese Vorgänge geschoben und sah sich der angegriffene Parteisekretär gemüßigt, durch nicht sonderlich geistreiche Witz seinen Angreifer in den Augen der Parteigenossen herabzuwürdigen. Diese dem Interesse der Partei nicht dienende Diskussion dürfte aber das eine Gute haben, daß die Parteigenossen einsehen lernen, daß Selbstständigkeit und Selbstbewußtsein unter den Arbeitern und besonders den Parteigenossen zu erziehen und zu befestigen Aufgabe aller Derer sein muß, die sich für verpflichtet halten, der Partei zu dienen. Die Sache selbst hat mit der Aussprache in Köln ihre Erledigung gefunden und wollen wir hoffen, daß diese unerquickliche Debatte dazu beitragen möge, jeder Meinung innerhalb der Partei den nötigen Spielraum zu lassen und abweichende Ansichten nicht mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Der Entscheidung des Parteitages unterlagen zwei Resolutionen, die beide den Parteigenossen es als Pflicht auferlegen, für die Gewerkschaften einzutreten und für ihre Stärkung zu sorgen. Während aber die eine Resolution es gleichzeitig als Pflicht eines jeden Parteigenossen hinstellt, auch einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören, überläßt die andere diese Verpflichtung dem Ermessen jedes einzelnen Genossen.

Die erstere Resolution hat folgenden Wortlaut: „Wenngleich sich auf dem Parteitag kein einziger Genosse befindet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeitersache durchdrungen ist, so weisen doch Beobachtungen zahlreicher Delegierter darauf hin, daß selbst in Kreisen vorgeschrittener Parteigenossen

die Antheilnahme an der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend rege ist.

Veranlassung zu dieser Lässigkeit sind einmal die vielfach ungünstigen Erfahrungen der letzten Jahre in den Kämpfen um die Arbeitsbedingungen andererseits die noch in manchen Köpfen herrschende irrige Meinung, daß das mächtige Anwachsen der politischen Partei die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überflüssig mache.

Der Parteitag spricht deshalb seine Anschauungen ausdrücklich folgendermaßen aus:

Die Gewerkschaften haben die doppelte Aufgabe:

1. Die geschlossenen Reihen zu bilden, welche sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Kräften entgegenstemmen, und um welche sich zu Zeiten des Nachlassens der Krisen die Massen scharen behufs Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Jeder Erfolg hierbei bedeutet aber einen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, indem sie den Arbeitern Mittel und Zeit zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen Lehren schafft.
2. Die indifferenten Arbeitermassen heranzuziehen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und Aufklärung über die allgemeine wirtschaftliche Lage im Anschluß an die im engsten Kreise fühlbare Lage zu verbreiten. Damit hierbei nicht die von vielen Seiten befürchtete Verflachung der Bewegung eintritt, ist es nöthig, daß gerade die vorgeschrittensten Parteigenossen allerorts sich an der Arbeit betheiligen.

Der Parteitag erklärt deshalb: Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören.“

Gegen diese Resolution wurden eine Reihe Einwendungen erhoben. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß viele Parteigenossen wegen ihrer erbärmlichen wirtschaftlichen Lage nicht im Stande wären, den Verpflichtungen, welche die Gewerkschaft ihren Mitgliedern auferlegt, nachkommen zu können. Andererseits könnten die Landarbeiter in Preußen, soweit sie Parteigenossen sind, nicht in die Gewerkschaften eintreten oder solche bilden, weil ihnen das Koalitionsrecht fehlt. Ferner würde die Bestimmung, daß jeder Parteigenosse verpflichtet sei, seiner Gewerkschaft anzugehören, zu Streitigkeiten Veranlassung geben. Diese Einwendungen wurden genügend zurückgewiesen und dargethan, daß solche Befürchtungen keineswegs Platz zu greifen brauchten. Die Landarbeiter, soweit sie Parteigenossen sind, werden durch die Verpflichtung, sich auch gewerkschaftlich zu organisiren, nur angespornt werden, energisch gegen die Beschränkung ihrer Vereinigungsfreiheit Front zu machen. Streitigkeiten unter den Parteigenossen wären noch weniger zu befürchten, als sie jetzt vorhanden sind; denn wenn der Parteitag klar und deutlich erklärt, was Verpflichtung jedes Genossen ist, so würde damit den Streitigkeiten schon die Spitze gebrochen. Wo aber die Lage der Arbeiter eine so traurige ist, daß die geringen Beiträge für die Gewerkschaften kaum aufgebracht werden können, wäre es doppelt nothwendig, den Gemeinfinn durch Hinzuziehung dieser Kreise zur Organisation zu wecken.